

# FASCHISMUS ist keine Meinung, sondern ein VERBRECHEN!



## Grone darf nicht zum Tummelplatz rassistischer, neonazistischer und reaktionärer Kräfte werden!

Jens Wilke, bekannter Neonazi, der sich z.Zt. bei der Partei „Republikaner“ tummelt, will eine seiner „berühmten“ Hass-Demonstrationen am 18. August in Grone-Süd durchführen: vom Siekweg zur Kasseler Landstraße, diese bis zur Deisterstraße. Und dann über Deisterstraße und Sollingweg wieder zurück zum Siekweg. Angekündigt hatte er diese Aktion mit den Worten: „*Unsere Route wird uns durch das – ehemals – schöne Grone Süd führen. Einen Stadtteil, der bereits seit Jahren ein Paradebeispiel geisteskranker antideutscher Politik ist.*“ Das trifft uns alle!

Wir sagen mit dem Bündnis gegen rechts: „Wir wollen in einer vielfältigen, weltoffenen und solidarischen Gesellschaft leben. Wir wollen in einer Stadt leben, in der sich alle Menschen angstfrei bewegen können. Gemeinsam stellen wir uns den RassistInnen, Nazis und ihrer Menschenverachtung in den Weg! Ziehen wir an einem Strang und erteilen Rassismus und allen anderen rechten Ideologien, die Menschen wegen ihrer Religion, wegen ihrer Hautfarbe oder wegen ihrer Meinung abwerten, eine klare Absage!“

**Können die neofaschistischen Parteien wie die Republikaner, die NPD, die DVU oder auch die AfD uns bei unseren aktuellen Problemen helfen? Nein, denn sie haben keine Antworten auf die drängenden Fragen der Bevölkerung, die es zu beantworten gilt:**

■ Die Not ärmerer Bevölkerungsschichten, bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist nicht die Folge des

Zuzuges von MigrantInnen, sondern die Folge einer verfehlten Wohnungspolitik der verschiedenen Bundesregierungen in den vergangenen Jahren: Die ökonomische Macht der heutigen Wohnungskonzerne konnte erst durch den Verkauf von etwa 400.000 Wohnungen aus der öffentlichen Hand an Miethäuser in den 80er Jahren entstehen.

■ Die mangelnde Binnennachfrage und die dadurch entstandene Exportabhängigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft ist durch eine repressive Lohnpolitik entstanden: Nicht MigrantInnen nehmen Arbeitsplätze weg, vielmehr verlagern deutsche Großkonzerne immer mehr Arbeitsplätze ins Ausland.

■ Das Fehlen von ausreichenden Geldern in der öffentlichen Hand ist nicht durch Sozialleistungen an MigrantInnen entstanden, sondern durch eine verfehlte Steuerpolitik, die Milliarden Euro in Privathände gespielt hat, statt sie im Sinne gesellschaftlicher Verantwortung zu besteuern und damit notwendige Ausgaben bestreiten zu können.

**Wir rufen Sie auf, den neofaschistischen Kräften in diesem Stadtteil deutlich zu machen, dass sie hier nicht erwünscht sind. Viele Parteien, Vereine, Einrichtungen und Initiativen sitzen in diesen Tagen zusammen, um eine entsprechende Antwort auf die Provokation der Wilkes und Co. zu überlegen und zu planen. Sie werden sicher noch davon hören oder auch in der Presse lesen können.**

**Auf jeden Fall:**

**Wir treffen uns am 18. August um 14.00 Uhr bei der Jona-Gemeinde zu einem Spaziergang.**

**Kommen Sie einfach dorthin – auch wenn Ihnen möglicherweise die Polizei dies verwehren will. Dort überlegen wir gemeinsam, welche Aktivitäten stattfinden können.**

**Bitte: Hängen Sie die Rückseite dieses Info-Briefes am 18. August in Ihr Fenster! Sie können auch Transparente an Ihre Balkone hängen!**